

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1950

263 (25.11.1950)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.20 DM

Badischer Landemann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

2./51. Jahrgang

Samstag, den 25. November 1950

Nr. 263

VOM TAGE

Hauptquartier der 7. amerikanischen Armee nach Stuttgart. Das Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Europa teilte mit, daß die 7. Armee reaktiviert worden sei. Das Kommando erhält Generalleutnant Eddy, das Hauptquartier kommt nach Stuttgart.

Deutsches Generalkonsulat in Norwegen. Das norwegische Außenministerium gab bekannt, daß die Zustimmung zur Errichtung einer Konsularvertretung der westdeutschen Bundesrepublik erteilt worden sei.

Franzosen lehnen Beschuldigungen ab. Maßgebende französische Kreise in Saigon lehnten kategorisch die Beschuldigungen Radio Peipings ab, denen zufolge französische Streitkräfte die chinesisch-indochinesische Grenze verletzt haben sollen.

Proteststreik in La Rochelle. Mitglieder der La Rochelle Hafenarbeitergewerkschaft haben die Arbeit am Samstag einen Proteststreik gegen die Einrichtung amerikanischer militärischer Anlagen in La Pallice durchzuführen.

14 Landsberghäftlinge entlassen. 14 wegen Kriegsverbrechen verurteilte Deutsche, die kürzlich begnadigt wurden, sind aus dem Gefängnis in Landsberg entlassen worden. Unter ihnen befinden sich neun Häftlinge, die zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden waren.

Hohe Kommission nicht zuständig. Begnadigung Raeders nur durch vier Mächte

Bonn (UP). Der französische Hohe Kommissar François-Poncet hat dem ehemaligen Admiral Hansen mitgeteilt, daß die alliierte Hohe Kommission für die Begnadigung des früheren Großadmirals Raeder nicht zuständig sei. Dieser sei von einem Viermächte-Tribunal verurteilt worden und könne daher auch nur durch Viermächtebeschluß begnadigt werden. (Hansen hatte sich als Vorsitzender des Bundes der versorgungsberechtigten ehemaligen Wehrmachtangehörigen an die Hohe Kommission gewandt und um Intervention für den in Spandau inhaftierten Raeder gebeten.)

DGB siegt gegen Ehrlich. Erlaß einstweiliger Verfügung abgewiesen

Bonn (UP). Eine Zivilkammer des Landgerichts hat den Antrag des ehemaligen Referenten im Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates, Dr. Ehrlich, auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen den DGB abgelehnt. Ehrlich hatte beantragt, dem Deutschen Gewerkschaftsbund die weitere Herausgabe seiner Denkschrift „Feinde der Gewerkschaften — Feinde der Demokratie“ zu verbieten, soweit sie den Teil betreffe, in dem Vorwürfe gegen ihn erhoben würden. Der Antragsteller war im Dritten Reich Landesgruppenleiter der NSDAP in Italien und wird in dem Weißbuch als Feind der Demokratie bezeichnet. Ehrlich will gegen das Urteil Berufung einlegen.

Tito auf dem Marsch nach Westen. Amerikanisch-jugoslawisches Abkommen

Belgrad (UP). Die jugoslawische Regierung gab bekannt, daß sie ein mit den Vereinigten Staaten abgeschlossenes Abkommen unterzeichnet habe, auf Grund dessen sie amerikanische Lebensmittellieferungen unter den Bedingungen des Militärhilfepaketes erhalten werde. Durch das Abkommen verpflichtet sich das „unabhängige kommunistische“ Regime Marschall Titos praktisch, sich gegen einen Angriff der Sowjetunion oder ihrer Satellitenstaaten zu verteidigen. Gleichzeitig tritt Jugoslawien damit inoffiziell in eine Reihe mit den Mitgliedern des Atlantikpaktes und mit Griechenland, der Türkei und Iran, als auch Gelder aus dem Militärhilfepaket bezieht, die vom US-Kongress im Jahre 1949 bewilligt wurden, um die nichtsozialistische Welt zu verteidigen.

Rotchinesische Delegation eingeladen. US-Vorschlag zu Formosa-Problem

Lake Success (UP). Die Delegation des kommunistischen China, die in New York eintraf, wurde auf Grund eines von der Sowjetunion eingebrachten und von Politischen Hauptauschuss der Generalversammlung mit 30 gegen 8 Stimmen angenommenen Antrages eingeladen, an der Debatte über einen sowjetischen Antrag teilzunehmen, der die Vereinigten Staaten der Aggression gegen China beschuldigt.

In einer den zwölf Mitgliedstaaten der Fernostkommission zugeleiteten Resolution haben die Vereinigten Staaten den Vorschlag unterbreitet, daß die Sowjetunion, Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Nationalchina über das Schicksal der Insel Formosa entscheiden sollen. Die Vereinigten Staaten empfehlen weiter, daß die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Formosa-Frage in die Hand nehmen sollte, falls sich die vier Mächte nicht einigen können.

Auf diesen amerikanischen Vorschlag hat die Sowjetunion sofort entgegnet, daß die Abkommen von Katu und Potsdam die Formosa-Frage bereits geklärt hätten, denn bei diesen Konferenzen sei beschlossen worden, daß Formosa an China — Moskau meint natürlich Rotchina — zurückgegeben werden soll.

Strasbourg billigt Europa-Armee

Schuman appelliert an Deutschland — „Den jahrhundertalten Streit vergessen!“

Strasbourg (UP). Die Beratende Europäische Versammlung billigte mit überwältigender Mehrheit eine Entschließung, in der die sofortige Aufstellung einer europäischen Armee unter Einschluß deutscher Kampfgruppen gefordert wird.

Die Entschließung wurde mit 53 Stimmen gegen sieben bei 19 Enthaltungen angenommen. Die vier deutschen Sozialdemokraten stimmten gegen die Entschließung. Eine weitere Entschließung, die jede Diskriminierung deutscher Einheiten in der europäischen Armee ausschließt, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Der französische Außenminister Schuman appellierte in der Debatte der Beratenden Versammlung des Europarates an Deutschland, den jahrhundertalten französisch-deutschen Streit zu vergessen und sich an einer europäischen Streitkraft zum Schutze Europas zu beteiligen. „In einer solchen“, betonte er, „gibt es keine nationale Armee und keine nationale Rüstung. Europa wird ausgerüstet und keine einzelne europäische Nation.“

„Falls Deutschland bereit ist“, so fuhr Schuman fort, „seine Bürger aufzufordern oder zu verpflichten, in eine europäische Streitkraft einzutreten, dann rüdet es nicht sich auf, dann nimmt es teil an der Verantwortung, die alle Mitglieder der europäischen Gemeinschaft tragen. Natürlich muß Deutschland selbst darüber entscheiden, ob es bereit ist, diesen Weg zu gehen.“

Der erste deutsche Delegierte, der auf Schumans Rede antwortete, war von Rechenberg (FDP), der die Alliierten aufforderte, Deutschlands Souveränität wiederherzustellen. Er sei unmöglich, sagte er, das deutsche Volk für eine Wiederaufrüstung zu begeistern, ohne ihm zuerst sein Selbstvertrauen und die Achtung wiedergzugeben.

Auch der britische Delegierte Duncan Sandys, der Schwiegerohn Winston Churchills, forderte die schnelle Schaffung einer europäischen Streitkraft. Falls man sie ablehne, könne Deutschland nicht aufgegeben werden, und der ganze strategische Plan, der die Verteidigung Europas an der Elbe vorsehe, müsse umgearbeitet werden.

Der deutsche Sozialdemokrat Ollenhauer teilte mit, daß die sozialistischen deutschen Delegierten gegen die Aufstellung einer europäischen Armee stimmen würden.

Der britische Delegierte Foster richtete ebenfalls einen Appell an Deutschland, sich an der europäischen Armee zu beteiligen. Deutschland könne ganz sicher sein, daß es „in nicht allzuweiter Zukunft“ die Selbständigkeit erlangen werde.

Dr. von Brentano (CDU) unterstrich noch einmal, daß eine Beteiligung Deutschlands an europäischen Institutionen nur auf der Basis absoluter Gleichberechtigung in Frage komme. „Wir stimmen“, so fuhr er fort, „für eine Vereinigung Europas, für eine echte, vorbehaltlose Zusammenarbeit aller europäischen Staaten zum Zwecke der Erhaltung des Friedens und der Freiheit, für die Schaffung einer echten Armee, in der die Kontingente der beteiligten Länder integriert sein werden, und wir stimmen für die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Kanada.“

Es ging auch ohne Papiere

Es gab keinen einzigen Zwischenfall, als etwa sechshundert Studenten und Studentinnen ohne jegliche Papiere und ohne die sonst üblichen Formalitäten demonstrativ die deutsch-französische Grenze überschritten. In achttzehn Autos und Omnibussen mit Anhängern waren sie, Deutsche, Schweizer, Franzosen und Italiener, gegen nachmittags bei dem Grenztort Hirschtal eingetroffen. Auf beiden Seiten wurden sie von freundlichen und hilfsbereiten Grenzbeamten empfangen, die ihnen in jeder Weise bei der Weiterreise nach Strasbourg behilflich waren.

In einer großen Kundgebung, zu der sich außer der Gruppe der Sechshundert noch zweitausend Franzosen eingefunden hatten, wurde eine Entschließung gefaßt, in der die Versammelten betonten, daß sie mit allen Mitteln eine europäische Föderation schaffen wollten. „Wir erklären, daß wir die Grenzen nicht mehr anerkennen. Wir werden Europa verteidigen, aber nur wie ein gemeinsames Vaterland.“

Entscheidung über Kohlenpreis vertagt

Blank zieht in eine Kaserne — Preusscher Brand erwägt Rücktritt Bonner „Regierungszetlung“ geplant

Bonn (UP). Die Wirtschaftsausschüsse von Bundestag und Bundesrat haben in ihrer Sitzung keinen Beschluß über eine Erhöhung der Inlandkohlenpreise gefaßt, sondern einen endgültigen Entscheid auf nächsten Mittwoch vertagt. Am gleichen Tage soll auch eine Entscheidung über mögliche Preiserhöhungen für Stahl und elektrischen Strom fallen. Beide Beschlüsse müssen dann noch vom Bundeskabinett und dem Parlament gebilligt werden.

Die Beratungen ergaben die Tendenz, die Preiserhöhung für Kohle im Durchschnitt auf fünf oder sechs DM je Tonne zu begrenzen. Ursprünglich hatte im Vordemokratismus die Meinung vorgeherrschert, mit höchstens 4,50 DM auskommen zu können. Bei einer Kohlenpreiserhöhung um fünf DM rechnen die Sachverständigen mit einem durchschnittlichen Preisanstieg für Stahl um 28 DM je Tonne, bei sechs DM je Tonne Kohle um 30 DM je Tonne Stahl.

Die Auswirkungen der Preiserhöhung für Kohle auf den Preis für elektrischen Strom haben die Sitzungsteilnehmer noch nicht diskutiert. Wie weiter verläuft, ist mit einer Sonder Sitzung des Bundestages wegen dieser Preisfragen nicht zu rechnen.

Das Bundeswirtschaftsministerium dementierte Meldungen, denen zufolge die Festsetzung der Kohlenexportquote für das erste Quartal 1951 in Höhe von 6,83 Millionen Tonnen angeblich auf ein zweimaliges Versäumnis der Bundesregierung zurückzuführen sei. Selbst konkrete Vorschläge zur deutschen Kohlenausfuhr der Ruhrbehörde zu unterbreiten. Die Ruhrbehörde habe die Bundesregierung nicht um Festsetzung der Exportquote ersucht, sondern lediglich um Zahlenmaterial über Kohlenproduktion, -versorgung und -bedarf des Inlandes gebeten.

Von amtlicher amerikanischer Seite wurde gleichzeitig in Washington erklärt, Westdeutschland könne in den ersten drei Monaten des kommenden Jahres bis zu 1.000.000 Tonnen Kohle exportieren, ohne seine eigenen Industrien oder seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu gefährden. Der amerikanische Hohe Kommissar werde den Auftrag erhalten, darauf zu achten, daß die von der Ruhrbehörde festgelegten Exportquoten erfüllt werden. Erfahrungsgemäß seien die Deutschen in der Beurteilung ihrer Kohlenförderung und Exportmöglichkeiten stets pessimistisch.

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Unterbringung der alliierten Besatzungstruppen, der CDU-Abgeordnete Blank, ist mit seiner Dienststelle aus dem Bundeskanzleramt in die Ermekelkaserne in Bonn umgezogen. Das Amt Blank tritt nur in be-

schränktem Umfang die Nachfolge des bisherigen Sicherheitsamtes der Bundesregierung unter Graf Schwerin an. Einige wenige Mitarbeiter Schwerins werden dort weiter beschäftigt.

Bundespresseschef Dr. Brand erwägt, wie zuverlässig verlautet, seinen Rücktritt. Unterrichtete Kreise wollten erfahren haben, daß er dem Bundeskanzler einen solchen Schritt bereits angeboten und dabei den Vorwurf zurückgewiesen habe, daß die Wahlvorbereitung der CDU in Hessen und in Württemberg-Baden auch auf die schlechte Pressepolitik des Bundespressekamtes zurückzuführen seien. Brand soll weiter betont haben, der „Mangel an ausreichender Information“ erschwere dem Bundespressekamte die Arbeit. Auf Antrag ließ Brand zu diesen Informationen erklären, daß sie „in dieser Form“ nicht zuträfen.

Die Zentrumsfraktion des Bundestages erbat in einer Anfrage von der Bundesregierung Auskunft über Gerüchte, nach denen eine Regierungs-Zetlung vorbereitet werde. Wie es heißt, sollen angeblich ein Beamter des Bundesjustizministeriums und zwei Industrielle aus dem Ruhrgebiet und aus Frankfurt an Vorbereitungen dazu beteiligt sein. Das Zentrum will wissen, ob diese Nachricht zuträfe, welche Aufgabe das neue Presseorgan haben soll, ob dabei öffentliche Gelder verwendet werden und welcher Stab schon zusammengestellt worden sei.

Sicherheitsvertrag soll Besatzungstatut ablösen

Vorschlag des Kanzlers an die Alliierten — Adenauer verteidigt sein unattrittenes Memorandum

Bonn (UP). Die alliierte Hohe Kommission prüft gegenwärtig einen Vorschlag von Bundeskanzler Adenauer, das Besatzungstatut durch einen „Sicherheitsvertrag“ abzulösen.

Einzelheiten dieses Vorschlages, der eine vertragliche Verankerung der von den Westmächten für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen vorsieht, gab der Bundeskanzler vor einer Reihe von ausländischen Journalisten bekannt.

Gleichzeitig regte der Kanzler bei den Alliierten die Einsetzung einer neutralen Studienkommission an, die die finanzielle Lage der Bundesrepublik und die bestehenden Möglichkeiten für einen deutschen Verteidigungsbeitrag prüfen soll. Beide Vorschläge hat der Bundeskanzler persönlich den Höhen Kommissaren übermittelt.

Das Bundespressekamte veröffentlichte gleichzeitig Teile des umstrittenen Sicherheitsmemorandums vom 19. September, um

Wer siegt in Bayern?

Von Willi Schickling

Nach dem überraschenden Linksruck in Hessen und Württemberg-Baden sehen alle innenpolitischen Beobachter in der Bundesrepublik dem Ergebnis der bayerischen Landtagswahlen am kommenden Sonntag mit einer Spannung entgegen, wie man sie selten bei einer Nachkriegswahl in Deutschland erlebte.

Wird sich die Christlich Soziale Union (CSU), Adenauers stärkste Stütze im räumlich größten und bevölkerungsmäßig zweitgrößten Bundesland, einigermaßen behaupten? Die bayerische Schwesterpartei der CDU, die in den Landtagswahlen von 1949 die absolute Mehrheit und damit die Macht in Bayern errang, konnte in den Bundestagswahlen von 1949 nur knapp 30 Prozent der Wählerstimmen dieses Landes an sich ziehen. Seitdem befindet sich Bayern in einem politischen Gärungsprozeß von fast unüberschaubarem Ausmaß.

Nicht weniger als 14 Parteien bewerben sich diesmal um die Gunst der bayerischen Wähler, wobei allerdings nur sieben dieser Parteien in sämtlichen sieben Wahlkreisen des Landes Kandidaten aufstellen. Auch das komplizierte Wahlsystem macht jede Voraussage diesmal zu einer mathematisch verzwickten Aufgabe: jeder Wähler gibt nämlich zwei Stimmen ab, eine für einen Stimmkreis Kandidaten nach dem System des Mehrheitswahlrechts und die andere für einen Wahlkreisbewerber nach dem Verhältniswahlrecht.

Und die sogenannte 10-Prozent-Klausel gewährt nur den Parteien die Möglichkeit, einen Kandidaten durchzubringen, die in einem Wahlkreis mindestens je zehn Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erreichen.

Die CSU, die seit vier Jahren das Land regiert, sieht sich jetzt einer Reihe von mächtigen Gegnern gegenüber. Politische Beobachter in Bayern rechnen damit, daß die Sozialdemokraten, die im alten Landtag als zweitstärkste Partei vertreten waren, aber bei den Bundestagswahlen von 1949 nur noch knapp 23 Prozent der Stimmen erhielten, diesmal ziemlich aufholen werden. Angesichts der konfessionellen Struktur des Landes dürfte aber mit einem SPD-Sieg von „hessischem Format“ hier nicht zu rechnen sein.

Die Bayernpartei wird nach Ansicht einheimischer Sachkenner trotz gewisser Vorgänge in Bonn nur in Franken Stimmen verlieren, sich aber in Oberbayern voraussichtlich behaupten. Als eine gewisse Gefahr für diese Partei (die 1949 21 Prozent der Stimmen erhielt) wird die Bayerische Heimat- und Königspartei angesehen, die in einigen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hat.

Zu einer Überraschung könnte das Auftreten des „Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten — Deutsche Gemeinschaft“ (Prof. Theodor Oberländer und August Hauffleiter) führen, — einer Flüchtlingsbewegung mit radikalen Tendenzen, die eine gewisse Anziehungskraft auf die zum Teil in gedrückten Verhältnissen lebenden Heimatvertriebenen ausüben dürfte.

Anderen radikalen Gruppen mißt man in Bayern weniger Bedeutung bei. Als ernstzunehmende Bewerber um die Gunst der Wählerschaft gelten noch die Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (WAV), die 1949 etwa 15 Prozent der Stimmen erhielt, und die Freie Demokratische Partei, die bei den Bundestagswahlen 6,5 Prozent der bayerischen Stimmen errang und jetzt große Anstrengungen zur Verbesserung ihrer Position macht.

damit die sozialdemokratischen Vorwürfe zu entkräften, daß Adenauer ohne vorherige Aufklärung einen deutschen Verteidigungsbeitrag angeboten habe. In diesem Memorandum hatte Dr. Adenauer u. a. um eine formelle Einladung an die Bundesrepublik zur Teilnahme an der westlichen Verteidigung gebeten, da er nicht ohne vorherige Einwilligung der gesetzgebenden Körperschaften, besonders aber des Bundestages, zu dieser von amerikanischen Beamten der Hohen Kommission mündlich angeschnittenen Frage Stellung nehmen könne.

Drei Wochen vorher, am 29. August, hatte Adenauer in einem anderen an die Hohe Kommission gerichteten Memorandum die grundsätzliche Bereitschaft erklärt, deutsche Truppenkontingente in eine westeuropäische Armee einzugliedern. Der Kanzler hatte jedoch — laut der Veröffentlichung des Bundespressekamtes — unterstrichen, daß er nicht an die Remilitarisierung Deutschlands durch Aufstel-

lung einer eigenen, nationalen militärischen Macht denke.

Vorwürfe gegen SPD-Chef

Bei der Erläuterung dieses Memorandums erklärte Adenauer vor den Pressevertretern, der sozialdemokratische Oppositionsführer Dr. Schumacher sei als einziger deutscher Parteiführer vom Inhalt dieses Sicherheitsmemorandums vertraulich in Kenntnis gesetzt worden.

Schumacher schlägt zurück

Zu den Vorwürfen des Kanzlers erklärte Dr. Schumacher: „Mit der Veröffentlichung eines Teiles des Memorandums hat der Bundeskanzler nunmehr offen zugegeben, daß er wochenlang die Unwahrheit gesagt hat.“

Gespräch mit François-Poncet

Bundeskanzler Adenauer traf mit dem französischen Hohen Kommissar François-Poncet zu einer Besprechung über aktuelle politische Tagesfragen zusammen.

Berger wird an Frankreich ausgeliefert

McCloy hat zugestimmt — Entscheidung im Fall Bechtel vertagt
Weiteres Beweismaterial angefordert

Frankfurt (UP). Der amerikanische Hohen Kommissar, McCloy, hat der Auslieferung Wilhelm Bergers (Wiesloch bei Heidelberg) an Frankreich zugestimmt.

Nach der Bekanntgabe seiner Entscheidung äußerte McCloy, daß er die beiden Fälle persönlich geprüft habe und im Falle Bergers zu der Überzeugung gekommen sei, daß Mordverdacht bestehe.

Auslieferung zu rechtfertigen. Infolgedessen habe er die Auslieferungskommission ersucht, den französischen Behörden und dem Angeklagten Gelegenheit zu geben, weiteres Material vorzulegen.

Zur Besichtigung „weitverbreiteter Mißverständnisse“ stellte McCloy nachdrücklich fest, daß die amerikanischen Behörden der Auslieferung von Deutschen wegen Kriegsverbrechen nur dann stattgäben, wenn der Verdacht eines Mordes oder eines gleich schweren Verbrechens klar erwiesen sei.

Zur „letzten Schlacht“ angetreten

Großangriff der UN-Truppen in Korea — Bis zu 25 km Bodengewinne am ersten Tag
McArthur: „Weihnachten wieder zu Hause“

Tokio. Eine in den frühen Morgenstunden des Freitags unter dem Motto „Bis Weihnachten wieder zu Hause“ eingeleitete neue Offensive der Streitkräfte der Vereinten Nationen verlief bisher ohne jede Störung.

General McArthur, der nach Korea gezogen war, um den Beginn der Offensive persönlich zu leiten, erklärte am Freitag abend, die Offensive sei bis jetzt planmäßig verlaufen.

zeugt, daß die meisten Soldaten der Streitkräfte der Vereinten Nationen das Weihnachtsfest in der Heimat feiern könnten und daß es seinen Truppen gelingen werde, einen schnellen Sieg zu erringen.

Der erste Tag der von über 100 000 Soldaten der Vereinten Nationen durchgeführten Offensive war ein Tag ohne Schlacht.

Die 24. amerikanische Infanteriedivision erzielte den größten Bodengewinn. Sie rückte auf der Küstenstraße nach Taehongju 25 km weit vor, ohne auf gegnerischen Widerstand zu stoßen.



McArthur will Koreakrieg durch Großoffensive beenden
Unsere Karte zeigt die Entwicklung an der Front in Nordkorea in der Zeit vom 13. November bis zum 23. November 1950.

PETER SCHELLINGS EROBERUNG

ROMAN von Margarete Eßer

25. Fortsetzung

Die Stimme der alten Dame überschlug sich in maßloser Wut.

„Du — du undankbares Geschöpf! Was wirst du denn, wenn mein Sohn dich nicht aus deinen ärmlichen Verhältnissen herausgerissen hätte?“

Stolz und ruhig trat Maria einen Schritt auf die alte Dame zu: „Ich, wäre dann immer noch Fräulein Doktor Maria Frey! Das ist immerhin etwas. Ich bin, weiß Gott, nicht undankbar gegen Ulrich! Das beweist schon deine Anwesenheit in meinem Haus!“

„Es ist meines Sohnes Geld, mit dem du Gastfreundschaft an mir übst! Ich halte meinen Sohn die Treue besser als seine Witwe! Und ehe ich sage, daß du deinen verreckten Plan ausführt, schließe ich dich ein, wie ein unmündiges Kind!“

„Ach, das ist ja lächerlich — in meinem eigenen Hause!“

„Du hast dich mit deinem neuen Plan so weit außerhalb der Dornschen Interessen gestellt, daß du kein Recht mehr hast, von deinem Hause zu sprechen!“

„Sag mir nur das eine, Mama! Warum hilfst du mich so fest? Sei doch froh mich loszuwerden! Ich war dir immer im Wege — so laß mich doch nun auch meiner Wege gehen, ohne mir Schimpf und Schande anzutun!“

„Zu Schelling? Nie! So war ich hier, stehe, ich werde das mit allen Mitteln hindern. Richte dich danach und schreibe alle Folgen deinem Trotz zu.“

„Ich lasse mein Werk nicht im Stich. Und ich weiß, daß ich ihm dienen kann, wenn ich eine zwingende Notwendigkeit, ich gebe allerdings zu, daß du das nicht verstehen kannst.“

„Dann mache mich nicht verantwortlich für das, was geschieht!“

„Ich wäre gern im Guten mit Dir auseinandergelassen! Ich könnte dich einfach anhängen — um des lieben Friedens willen —

aber das widerstrebt mir. Ich will mein neues Leben nicht mit einer Lüge anfangen!“

„Wir werden sehen, ob du überhaupt dazu kommen wirst! Ich bin fertig mit dir!“

Maria senkte mit stummem Graß den Kopf und ging aus dem Zimmer. Diesmal hatte sie das Gefühl, daß die Geheimrätin wirklich „fertig“ mit ihr sei, wie sie es so oft angedroht hatte.

Den ganzen Tag über ließ die alte Dame Maria nicht aus den Augen. Als sie zum Ausgehen bereit, das Haus verließ, trat ihr die alte Dame in den Weg: „Du wirst gestatten, daß ich dich begleite!“

Szenen vor Dignitboten waren Maria schrecklich. Franz und die Haller waren in Hörweite, und so zwang sie ein Lächeln auf ihr Gesicht: „Also tatsächlich gefangen! Wie du willst, Mama!“

Stumm schritten beide nebeneinander durch die Straßen, dem Bahnhof zu. Dort trat Maria an den Schalter und löste ein Billet nach München. Die Geheimrätin stand mit eingeknickten Lippen dabei, Schweigens, wie sie gekommen waren, gingen sie auch wieder heimwärts.

In ihrem Zimmer angekommen, machte sich Maria sofort an das Packen ihrer Sachen, ahnungslos, daß sie dabei von der Schwiegermutter durch das Schlüsselloch beobachtet wurde.

Erst am späten Abend, als die Haushälterin Maria längst verlassen hatte, ließ das leise Schnappen eines Schlosses sie aufhorchen und zur Tür eilen.

Eingeschlossen!

Und nun probierte Maria auch die andere Tür, mit dem gleichen Resultat! Tatsächlich eingesperrt wie ein ungezogenes Kind! Sie konstatierte es mit einem ärgerlichen Lachen. Was nun? Die Dienstmoten so spät am Abend zu alarmieren, widerstrebte ihr. Es war nicht notwendig, daß sie von dem Skandal im Hause erfuhren. — Maria war beim Packen ein Aus-

weg eingerauen, Schelling ihren Namen vorzuenthalten. Sie hatte noch einmal einen Versöhnungsversuch machen und ihrer Schwiegermutter diesen Ausweg zur Beruhigung ihrer ärgsten Bedenken unterbreiten wollen.

Nun aber war sie zu trotzig dazu. Möchte sich die alte Dame damit quälen, daß sie ihres Sohnes Namen verriet.

Kurz entschlossen, setzte sie sich hin und schrieb an die Geheimrätin einen langen Abschiedsbrief.

„... Durch Deine Schuld gehe ich heimlich wie eine Diebin aus dem Hause, das mir die Liebe Deines Sohnes erbaute und schenkte! Es widerstrebt mir, reich zu gehen, als ich gekommen bin. Ich nehme nichts als mein persönliches Eigentum mit. Ich schäme mich für Dich, daß ich gezwungen bin, bei Nacht und Nebel aus dem Fenster zu steigen. Ich würde nach diesem Deinem letzten Affront auch nicht mehr im Hause bleiben wollen — wenn ich andern Sinns geworden wäre.“

Maria.“ Mit ihren scharfen Ohren hörte sie, wie die Schwiegermutter noch verschiedene Male kam und sie belauschte. — Sie gab sich dann jedesmal ein recht verzweifeltes und kleinlautes Aussehen. Einen Spaß sollte die alte Dame von ihrem „Genie“-Streich doch auch haben!

Endlich war alles totestill im Hause. Die Geheimrätin war ihrer Sache ganz sicher. Der Vogel war gefangen. Beruhigt war sie schlafen gegangen.

Nachdem Maria den Brief an die Schwiegermutter gesiegelt und adressiert hatte, packte sie ihren Koffer noch einmal auf und nahm alles darnus, was ihr nicht auch schon als Maria Frey gehört hatte.

Mit einem Ledergürtel hing sie den Koffer an die fest zusammengeknöteten Vorhänge und Betttücher, an denen sie selbst hinauntergleiten wollte.

Sie befestigte ihr Notseil kunstgerecht am Fensterrahmen und ließ vorsichtig den Koffer hinab. Atemlos lauschte sie, ob sich etwas rühren würde — aber es blieb ganz still, und nun trat sie selbst, vom Mond beschienen, ihren Abstieg aus dem Fenster an.

brecherischen Organisation“ bestehe, sondern erfolge nur auf Grund persönlicher Handlungen des Angeklagten.

„Die Deutschen sind bereit“

In einem durch Kurzwellenfunk übertragenen Interview mit einer amerikanischen Rundfunkgesellschaft, erklärte McCloy, die Deutschen seien bereit, an der Bildung westeuropäischer Streitkräfte auch ohne einen eigenen deutschen Generalstab teilzunehmen.

In einer Ansprache vor den Studenten der Universität Kiel hob McCloy hervor, die deutsche Jugend müsse sich jetzt entscheiden, wohin der Weg Deutschlands gehen solle.

„Erst dann, wenn...“

Bei einer Pressekonferenz in Kiel kündigte der Hohen Kommissar an, das Besatzungsstatut werde entsprechend den New Yorker Beschlüssen erst dann geändert, wenn die deutsche Bundesregierung die Vorkriegsschulden anerkannt habe.

Die Bundesregierung will — wie dann aus Bonn verlautet — in der nächsten Woche eine Erklärung unterzeichnen, in der die deutsche Auslandsschuldung grundsätzlich anerkannt. Diese Anerkennung wird nur die Vor- und Nachkriegsschulden umschließen; die während des Krieges aufgenommenen Kredite werden hiervon nicht berührt.

Die öffentliche Verschuldung des früheren Reiches wird auf etwa 3,5 Milliarden DM geschätzt. Die Nachkriegverschuldung liegt in ihrer Höhe noch nicht einwandfrei fest, dürfte sich aber wahrscheinlich ungefähr in gleicher Höhe bewegen.

Da sich der Bundestag, der ebenso wie der Bundesrat dieser Erklärung noch zustimmen muß, bis Anfang Dezember verlagert hat, besteht wenig Aussicht, daß die Verpflichtung den Alliierten schon vor diesem Zeitpunkt zugewilligt werden kann.

Königin Juliana beendet Staatsbesuch, Königin Juliana der Niederlande und ihr Gemahl, Prinz Bernhard, beendeten ihren Staatsbesuch in Großbritannien.

Nach der Heimkehr verurteilt, Acht ehemalige holländische Angehörige der deutschen Wehrmacht, die aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft heimkehrten, wurden zu Haftstrafen zwischen sechs Monaten und einem Jahr verurteilt.

Sie freute sich beim Hinsingeln, daß ihre Arme noch so kraftvoll und ihr Körper so gelenkig geblieben waren.

Eine Weile blieb sie schweratmend unten stehen und starrte ärgerlich auf das provisorische Rettungsschiff. Zu dumm! Wenn es hängen blieb, konnte sich die ganze Nachbarschaft dabei denken, was sie wollte! Maria war dann jedenfalls blamiert! Das durfte nicht sein!

Ohne sich lange zu besinnen, schlich sie sich vorsichtig zum Geräteschuppen und holte die Leiter heraus.

Es wurde ihr ganz schuldähnlich übermütig zumute auf diesem Gleichweg. Sie konnte es sich nicht zwingen, um die Hausecke zu spähen, ob im Zimmer der Schwiegermutter das Licht noch brannte.

Alles dunkel und still!

Maria richtete nun die Leiter auf, und nach ein paar Minuten hatte sie tatsächlich die Tücher gelöst. Sie warf sie dann alle zusammen in ihr Zimmer. Dort würde vor der Schwiegermutter niemand eindringen können. Die alte Dame mochte sich dann amüsen, den Dienstmoten stichhaltige Erklärungen zu geben über ihr Fortsein.

Maria war das alles jetzt vollkommen gleichgültig! Ein einziger Gedanke beherrschte sie nur: Würde Schelling sie annehmen?

Ebenso behutsam wie sie die Leiter herbeigeht hatte, schleppte sie sie auch wieder fort.

Und dann wanderte sie mit einem letzten Blick auf das liebe Haus, den schweren Koffer schleppend, von dannen, um den ersten Zug nach München noch zu erreichen. Richtig aufzuziehen wagte sie erst, als der Zug sich in Bewegung setzte.

Ein wenig tat ihr das Herz doch weh, als sie die lieben Berge nach dem letzten Gruß weiter und weiter zurückweichen sah.

Eine ganze Lebensperiode lag hinter ihr. Nun stand sie genau wieder auf demselben Punkt wie vor fünf Jahren, als die arme Maria Frey Ulrich Dorns Frau wurde. Und was alles an Kummer und Aufregungen schlossen diese kurzen fünf Jahre in sich ein!

(Fortsetzung folgt)

Umschau in Karlsruhe

Lebenslänglich für Haas beantragt
Karlsruhe (dwb). Im Prozeß gegen den unter Anklage des Mordes an seiner Schwiegermutter stehenden 37jährigen Norbert Haas beantragte der Staatsanwalt lebenslängliches Zuchthaus. Der Verteidiger plädierte auf Totschlag. Die medizinischen Sachverständigen bezeichneten Haas als einen abnormen Menschen, der sehr reizbar sei und zu Phantasieerzelen neige. Eine Geisteskrankheit liege jedoch bei dem Angeklagten nicht vor. Auch habe er nicht im Affekt gehandelt.

400 Pappeln für den Berliner Tiergarten
Karlsruhe (SWK). Im Rahmen einer Spendeaktion der westdeutschen Städte für die Wiederaufbauung des Berliner Tiergartens wird die Stadt Karlsruhe 400 ein- bis zweijährige Pappelpflanzen Berlin kostenlos überlassen. Die Stadt will damit ihre symbolische Verbundenheit mit dem freien Berlin bezeugen. Durch die gemeinsame Mühe der westdeutschen Städte, die auf eine Anregung des Deutschen Städtetages in Köln zurückgeht, wird der Berliner Tiergarten wieder eine Stätte der Erholung und Entspannung für die Bevölkerung werden.

Bürgermeister seines Amtes entbunden
Karlsruhe (ZSH). Der Landrat des Kreises Karlsruhe hat Erhebungen über die Geschäfte des Bürgermeisters der Gemeinde Ruffheim, Haber, anstellen lassen, die eine sofortige Dienstenthebung zur Folge hatten. Gegen Haber ist ein Dienststrafverfahren mit dem Ziele der Entlassung eingeleitet.

Aus der badischen Heimat

230 Gläubiger um 153 000 DM betrogen
Mannheim (dwb). Vor dem Landgericht Mannheim wurde ein 32jähriger Heidelberger Kaufmann wegen betrügerischen Bankrotts zu zwei Jahren fünf Monaten Gefängnis und drei Jahren Berufsverbot als Unternehmer oder Vertreter verurteilt. Der Angeklagte, Inhaber einer inzwischen in Konkurs geratenen pharmazeutischen Großhandlung in Mannheim, hatte allein in Mannheim 230 Gläubiger um insgesamt 153 743 DM betrogen. Ein Sachverständiger stellte fest, daß der Angeklagte bereits zwei Monate nach Geschäftseröffnung mit ungedeckten Schecks bezahlt habe.

Wieder spinale Kinderlähmung
Heidelberg (dwb). In Waldorf im Landkreis Heidelberg sind in den letzten drei Wochen sieben Personen an spinaler Kinderlähmung erkrankt. Zwei der Erkrankten, ein 29jähriger Mann und ein Kleinkind, sind inzwischen gestorben. Die anderen Krankheitsfälle sind leichter Natur. Bei der Gesundheitsabteilung des württemberg-badischen Innenministeriums in Stuttgart sind bisher keine weiteren Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung bekanntgeworden. Das Auftreten der Kinderlähmung in dieser Jahreszeit wird als Seltenheit bezeichnet.

Ehemaliger Polizeichef vor Gericht
Freiburg (UPI). Wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit hat sich der ehemalige Chef der politischen Polizei in Baden, Berckmüller aus Karlsruhe, vor dem Landgericht Freiburg zu verantworten. In dem Prozeß, der jetzt begann, muß sich Berckmüller dafür verantworten, daß er im März 1933 zusammen mit einigen SA-Männern einen jüdischen Dentisten in Sulzburg-Baden verprügelt hat. Der Angeklagte versucht, sich darauf hinzuweisen, daß er dem Dentisten eine „Lektion“ habe erteilen wollen, weil sich dieser angeblich an Patientinnen unsittlich vergangen habe. Berckmüller wurde wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt.

Organisierte Fahrradmarderbande unterwegs?
Lörrach (ldf). Im Raum Lörrach-Weil wurden periodisch in einem Monat 32 Fahrräder gestohlen, davon viele von den gleichen Plündern, wo sie von den Besitzern meist leichtfertig und unabgeschlossen abgestellt waren. Keines dieser Fahrräder tauchte wieder in diesem Gebiet auf, deshalb vermutet man, daß sie von einer organisierten Gruppe durch Fernlastfahrer, die regelmäßig in die Grenzgebiete kommen, in andere deutsche Gebiete gebracht und dort verkauft werden. Weiter wurde festgestellt, daß in Deutschland viele Schweizer Fahrräder gefahren werden, die auch aus gestohlenen Beständen kommen.

Kreuz und quer durch Baden
Die in Karlsruhe tagende Delegiertenkonferenz des Verbandes deutscher Studenten hat ihren Vorstand damit beauftragt, mit den zuständigen Stellen in der Frage einer Wiederaufrüstung und besonders einer etwaigen Wehrpflichtregelung Verbindung aufzunehmen.

In Wolfenhausen zog eine Frau in der Scheune Stroh auf. Ein Bündel streifte einen Gewichtsstein, der die Frau tödlich am Kopf traf.

Seit Beginn dieses Jahres sind von der gemeinnützigen Gesellschaft für Trümmerbeseitigung und -verwertung Pforzheim rund 600 000 Kubikmeter Trümmer aus der stark zerstörten Stadt entfernt worden. Durch die Arbeit der Gesellschaft konnten im letzten Halbjahr rund 100 Grundstücke und Ruinen für den Wiederaufbau freigegeben werden.

In Ahausen brach in einer der letzten Nächte bei einem Landwirt ein Brand aus, der vermutlich durch Kurzschluß der Batterie eines Lastkraftwagens entstand. Der Gebäudeschaden beträgt etwa 700 DM, der Schaden am Lastwagen rund 3000 bis 4000 DM.

Lest die Ettlenger Zeitung

200 000 DM für Wiederaufbau Kehls

Spenden von Wohleb und François-Poncet

Kehl (dbs). Der französische Landeskommissar für Baden, Pierre Pene, überreichte der Stadtverwaltung von Kehl im Auftrag des französischen Hohen Kommissars François-Poncet 100 000 DM für den Bau von Wohnungen für die auch nach der Freigabe Kehls verbleibenden Besatzungsangehörigen.

In seiner Ansprache gab Pene bekannt, daß die Zuwendung für die Errichtung eines Gebäudes im deutschen Sektor der Stadt bestimmt sei, in dem ein Teil der in der Stadt verbleibenden Besatzungsangehörigen Unterkunft erhalten wird. Pene bedauerte, daß die von der badischen Regierung vorgesehene Instandsetzung eines städtischen Gebäudes für die Unterbringung eines Teils der französischen Gendarmerie sowie der Bau einiger Fertighäuser für denselben Zweck nicht schnell genug verwirklicht werden konnte. Es sei deshalb notwendig gewesen, 21 Wohnungen zu beschlagnahmen. Derartige Probleme würden aber immer wieder auftreten, solange die französischen Streitkräfte, die in Übereinstimmung mit den Alliierten den Schutz und die Sicherheit des Landes gewährleisten, in der Rheinregion militärische Einheiten und Dienststellen unterhalten müßten. Die mit der Zuweisung des Hohen Kommissars bezweckten

Maßnahme werde zwar nicht alle Probleme lösen, doch werde sie der Kehler Bevölkerung zeigen, daß die französischen Behörden ihre Sorgen und Nöte verstehen und in Übereinstimmung mit den badischen Behörden um eine Abhilfe bemüht sind.

Staatspräsident Wohleb gab bekannt, daß die badische Regierung nicht hinter der Geste des Hohen Kommissars zurückstehen wolle und ebenfalls 100 000 DM aus dem „Notopfer Kehl“ für denselben Zweck freigegeben habe. Wohleb wies darauf hin, daß bezüglich des Hafens bald eine Einigung zwischen den französischen und den deutschen Behörden erreicht sein werde. Wesentlich sei jedoch nicht so sehr der Betrag, der für den Wiederaufbau Kehls zur Verfügung gestellt werden, sondern der europäische Geist, der aus dieser Geste spreche. Wohleb ging dann auf die Beratungen des Europa-Rats in Straßburg ein. Europa könne nicht werden, sagte er, wenn Deutschland und Frankreich nicht zusammenstünden. Die Übergabe des Geldes zeige deutlich, daß der Hohe Kommissar und der Landeskommissar gemeinsam mit der badischen Regierung den Weg gefunden hätten, mindestens so weit es Kehl angehe.

DVP für „große Koalition“

Interpellation über Versorgungstage

Stuttgart (UPI). Die Fortführung einer „großen Regierungskoalition“ in Württemberg-Baden bekräftigte die neue Landtagsfraktion der württembergischen DVP in ihrer ersten Fraktionsitzung. Die Fraktion vertritt die Auffassung, daß eine solche „große Koalition den allgemeinen Verhältnissen in Württemberg-Baden am besten entspricht“. Ein Sprecher der DVP äußerte, daß die Voraussetzungen für eine neue württembergische Landesregierung baldmöglichst geschaffen werden sollten. Die DVP fordere insbesondere die CDU, die sich bisher von Koalitionsgesprächen

ferngehalten habe, auf, an den Vorbereitungen für die neue Regierung mitzuarbeiten.

Die DVP-Fraktion beschloß, die Regierung in der nächsten Landtagsitzung über die Versorgungstage zu interpellieren. Die derzeitige Weltnotlage zwinge zu größter Aufmerksamkeit und Anwendung aller in Betracht kommenden Vorkehrungsmaßnahmen, heißt es in der großen Anfrage der DVP. Die Regierung möge mitteilen, wieweit die Pläne für die Beschaffung ausreichender Vorräte an Nahrungsmitteln und industriell wichtigen Rohstoffen verwirklicht worden sind.

Glas aus Württemberg und Baden

Stuttgart (dwb). Während früher die Glasindustrie im südwestdeutschen Raum nur eine geringe Rolle spielte, hat sie jetzt vor allem durch die Zuwanderung der weltberühmten sudetendeutschen Glasmacher, wachsende Bedeutung erlangt. Die Glasindustrie setzte im Gebiet des heutigen Württemberg-Baden im Jahre 1936 jährlich etwa 6,5 Millionen Mark um, während 1950 in diesem Raum bereits ein Monatsumsatz von zwei Millionen DM erzielt wurde. Die Erzeugnisse dieser neuentstandenen Glasindustrie in Württemberg-Baden und darüber hinaus im ganzen Südwestraum einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, hat sich die Ausstellung „Glas aus Württemberg und Baden“ zur Aufgabe gestellt. Sie wird am Samstag im Stuttgarter Landesgewerbemuseum von Wirtschaftsminister Veit eröffnet werden. In einer überraschenden Vielfalt werden dem Besucher zunächst die von den einzelnen Glashütten erzeugten Glasarten gezeigt. Über einem Teil dieser Ausstellungsabteile hängt ein „Himmel“ aus vielen hundert bunten Christbaumkugeln. In einer anderen Halle erwarten den Ausstellungsbesucher moderne Glasvitrinen mit einer Fülle von in allen Techniken veredelten Gebrauchsgläsern, an den Wänden Glasmosaiken und Glasmalereien. Ein besonderer Raum ist dem bekanntesten, 1943 gestorbenen Glas- und Steinschneidkünstler, Professor Wilhelm von Hilt, gewidmet, der durch seine Arbeit einen außerordentlichen Einfluß auf die Technik der

Glasveredlung ausübte. Der Verwendung von Glas in Industrie und Gewerbe ist ebenfalls Raum gegeben. Hier werden Sicherheitsglas, geschliffene Gläser für Möbel und für Ladenbau, gebogene Gläser für Uhren, Instrumente und für den Fahrzeugbau, Glasbilder, Spiegel sowie schließlich Glasbarriere, Glasdichtung, Glaswandplatten und Isolierglas gezeigt.

Kabus-Anhänger soll entlassen werden
Stuttgart (UPI). Herbert Klumpp, ein Angehöriger der 10köpfigen Kabus-Gruppe, die 1946 vor württembergischen Spruchkammern Sprengkörper zur Explosion brachte, soll auf Grund einer Entscheidung von HICOG noch vor Weihnachten dieses Jahres aus der Haftanstalt wegen guter Führung entlassen werden. Dies teilte die Unabhängige Vereinigung zur Wahrung demokratischer Rechte in Eßlingen mit. Die Vereinigung bezieht sich seit September um die Begründung dieser Jugendlichen, die im Januar 1947 zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden sind.

Geringe Kohlenvorräte in Würt.-Baden
Stuttgart (dwb). Die Gas- und Elektrizitätswerke in Württemberg-Baden sind nach Auskunft des Wirtschaftsministeriums fast ohne Ausnahme nur für wenige Tage mit Kohle versorgt. Der Kohlenvorrat bei dem

städtischen Gaswerk in Gaisburg reicht nach Mitteilung des Sachbearbeiters für Kohlenbeschaffung bei den Technischen Werken der Stadt Stuttgart noch für die nächsten vier Tage aus. Das Elektrizitätswerk der Stadt, das Dampfkraftwerk Münster, habe noch Kohlenvorräte für die nächsten 10 bis 15 Tage. Die Lage sei „noch nicht depressiv“, weil für Stuttgart 8000 Tonnen Kohle unterwegs seien. Die Kohlen würden zum Teil bereits im Heilbronner Hafen ausgeladen. Der „Deutsche Kohlenverkauf“ in Essen habe den Technischen Werken wiederholt versichert, „daß wir noch vor dem Schlimmsten bewahrt bleiben“.

Zigaretten in Beinprothesen geschmuggelt
Hermeskeil (dhn). Bei zwei beim amputierten Kriegsbeschädigten, die die Grenze aus dem Saarland nach Deutschland überschritten hatten, wurden bei einer Zollkontrolle 3000 Päckchen Zigaretten und Zigarettenpapier entdeckt, die in den Prothesen versteckt waren.

Kurz vor der Hochzeit tödlich überfahren
Bietigheim (ZSH). Ein 46 Jahre alter lediger Bauarbeiter, der zwei Tage vor seiner Hochzeit stand, ging von zu Hause weg, um angeblich zu seiner Braut zu fahren. Inzwischen wurde seine Leiche auf dem Bahngleis bei Großsachsenheim gefunden. Ob ein Unfall oder Selbstmord vorliegt, wird noch geprüft.

Düsenjäger stürzte ab — Pilot tot
Schwäb. Hall (dwb). In unmittelbarer Nähe von Ishofen im Kreis Schwäbisch Hall ist ein amerikanischer Düsenjäger abgestürzt. Die Maschine, die auf dem Flugplatz Neuburg bei München stationiert war, explodierte beim Aufschlag. Der Pilot wurde über 400 m aus dem Flugzeug herausgeschleudert und getötet. Er hatte notzulanden versucht, war aber mit der rechten Tragfläche seiner Maschine an einem Baum am Ortsrande von Ishofen hängengeblieben. Infolge des Absturzes wurden in der Ortschaft zahlreiche Bäume geknickt, eine Scheune abgedeckt und ein Gebäudeschaden von 6000 bis 10 000 DM verursacht.

Sie wollte kein „altes Glump“ erben
M. P. Gaisbeuren. Weil sie kein „altes Glump“ erben wollte, hat eine 40 Jahre alte Hausangestellte den Hof ihrer Arbeitgeberin, einer Witwe, in Brand gesteckt. Die Untersuchungen haben ergeben, daß sich die Angestellte, während die Bäuerin zu Fuß in die Kirche ging, noch kurze Zeit allein auf dem Hof befunden hat und dann auf dem Fahrrad nachgekommen war. In dieser Zeit hat sie einen Kerzenstummel in das Stroh gestellt und angezündet. Die Hausangestellte, die von den kinderlosen Bauerleuten mit 12 Jahren aus einem Kinderheim in Baidt übernommen worden war, glaubte, sie werde den Hof erben, wollte aber, daß er vorher neu wieder aufgebaut werden sollte. Sie hat sich getuschelt: „Sonn es lag, wie sie erst jetzt erfuhr, noch nicht einmal ein Testament zu ihren Gunsten vor“.

Berliner Firmen zugelassen
Die alliierte Hohe Kommission hat nach einer Mitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums die Mitgliedschaft Berliner Firmen und Einzelpersonen bei Wirtschaftsverbänden des Bundesgebietes genehmigt. Ebenso ist es Firmen und Einzelpersonen mit Sitz im Bundesgebiet gestattet worden, sich entsprechenden Verbänden in Großberlin anzuschließen. Durch diese Entscheidung sind die sich aus den bisherigen besatzungsrechtlichen Vorschriften ergebenden Einschränkungen fortgefallen.

Jeder 100 Deutsche Autobesitzer
Nach einem Bericht des „Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs“ (ADAC) besitzt jeder 100. Einwohner der Bundesrepublik einen Personenkraftwagen. In Frankreich ist jeder 27. und in Großbritannien jeder 24. Personenkraftwagenbesitzer. In den USA entfällt ein Personenkraftwagen auf je vier Einwohner.

„Ich will spielen“, sagte Hildegard Knef

Sie ist Trägerin einer Hauptrolle in Forsts erstem Nachkriegsfilmen

Das junge Mädchen, das 1943 einen Ausbildungsvertrag bei der Ufa erhielt, war noch nicht 17 Jahre alt, äußerlich und innerlich unfertig, aber hochbegabt und von stürmischem Tatendrang und glühendem Ehrgeiz besessen. Für Hildegard Knef gab es kein anderes Leben als das in den Studios der Babelsberger Nachwuchs-Schule, keinen anderen Gedanken als Lernen und noch einmal Lernen.

Sie hatte das Glück, in der Leiterin des Ufa-Nachwuchses, Else Bongers, eine Persönlichkeit zu finden, die wirklich eine „Talentforscherin“ war, im Besitz einer unfehlbaren Wünschelleiste für die handwerkliche und geistige Grundlage ihres Berufes zu schaffen, sondern auch ihre charakterliche Bildung zu überwachen. Mit jener aus Strenge, Güte und Humor zusammengesetzten Autorität des wahren Erziehers hat sie die Ausbildung eines überschäumenden Talents gelenkt. Dann folgten die ersten Versuche vor der Kamera: eine winzige Rolle in Klüttners „Unter den Brücken“ und eine schon erhebliche als Tochter von Käthe Dorsch in Erich Engels „Fahrt ins Glück“.

Als 1945 die Menschen wieder begannen, über den nächsten Tag hinaus zu denken, als es in Berlin kaum andere Wege gab als Fußmärsche, um Verbindungen aufzunehmen, stand das große ungegliederte Mädchen mit der blonden Mähne eines Tages wieder vor ihrer Lehrerin und sagte: „Ich will spielen“. Und als die ersten Theater zwischen den Trümmern wieder entstanden, lief sie von einem zum andern, übernahm hier eine kleine Rolle, sprang dort ein, um endlich in Bärigs Steglitzer Schloßpark Theater nach Gertie Soltan als Fanny in Pagnols „Goldenen Loken“ neben Hans Söhnker die Aufmerk-

samkeit der Kritik und der Regisseure zu erreichen. In dieser wenn auch noch unausgeglichenen Leistung wurde die ganze Ursprünglichkeit



HILDEGARD KNEF, aus Amerika zurück, bei einem Bummel durch das schöne Hamburg ihrer starken Begabung offenbar, die sich dann Wolfgang Staudte für den ersten Nachkriegsfilmen „Die Mörder sind unter uns“ holte. Diese Ursprünglichkeit fiel aus dem Rahmen einer konventionellen Star-Besetzung in „Zwischen Gestern und Morgen“, sie wurde

zu einem großen Erfolg in Helmut Klüttners „Film ohne Titel“.

Inzwischen aber hatte seine Trägerin einen Entschluß gefaßt, der ihrem privaten und beruflichen Leben eine entscheidende Wendung gab: Sie heiratete einen der Filmoffiziere der amerikanischen Besatzungsarmee und folgte ihm nach drüben, um ihre Karriere in Hollywood neu aufzubauen. Aus Hildegard Knef wurde Hilde Neff — eines seiner stärksten jungen Talente schien für den deutschen Film endgültig verloren zu sein.

Die Bessenseit für ihren Beruf, ihr offenes, lebhaftes Wesen erwarben ihr in der neuen Heimat viele Freunde, besonders unter den Deutschen der Hollywooder Künstlerkolonie, die ihr die Schwierigkeiten der fremden Umgebung erleichterten. Denn auch wer sich so erfolgreich und vertragsreife in Europa in das amerikanische Filmzentrum kommt, er muß von vorn anfangen und sich seine Position neu erobern, er braucht Geduld, um sich einzuleben und um die Sprache zu beherrschen.

Mitten in die Pläne und Überlegungen für die erste Hollywood-Rolle kam das Angebot, in Willi Forsts erstem Nachkriegsfilmen bei der Jungen Film-Union Rolf Meyer in Bodesdorf die Hauptrolle zu spielen. Sie wurde aus dem amerikanischen Vertrag beurlaubt für den österreichisch-deutschen Gemeinschaftsfilmen „Die Sünderin“, und ihre Freude darüber, nun doch wieder in einem kleinen Atelier zu stehen — wenn auch nur als Gast — wird von vielen Filmfreunden geteilt, die in dieser Zusammenarbeit ein hoffnungsvolles Zeichen für die wachsende internationale Geltung der deutschen Produktion erkennen wollen.